

Doris Leuthard: Bundesrat ist für den Atom-Ausstieg

BERN. Der Bundesrat hat den Atom-Ausstieg beschlossen - Gegner geben deswegen aber nicht auf: Sie setzen auf Parlament und Volk.

Geht es nach dem Bundesrat, so ist der Atom-Ausstieg beschlossene Sache: Bundesrätin Doris Leuthard hat gestern darüber informiert, dass die bestehenden AKW am Ende ihrer Betriebsdauer nicht ersetzt werden sollen. Hypothetisch nimmt der Bundesrat eine durchschnittliche Betriebsdauer von 50 Jahren an: Als Erstes müsste das AKW Mühleberg 2019 vom Netz gehen, als Letztes Leibstadt im Jahr 2034. Damit keine Lücken in der Stromversorgung entstehen, werden etwa auch Gaskombikraftwerke als «Brückentechnologie» erwägt.

Viele haben auf einen solchen Entscheid gewartet: «Der heutige Tag wird in die Geschichte eingehen», sagt CVP-Präsident Christophe Darbellay. Auch die Grünen begrüßen den Grundsatzentscheid, kriti-



Leibstadt soll im Jahr 2034 als letztes AKW vom Netz genommen werden. AFP

sieren aber die langen Laufzeiten: «Es ist verantwortungslos und gefährlich, das AKW Mühleberg noch bis 2019 laufen zu lassen», so Nationalrat Bastien Girod. Auf linker Seite ist man noch skeptisch: «Der Entscheid ist sicher richtig, aber nicht be-

sonders mutig, vor allem muss der Ausstieg noch durchs Parlament», so SP-Vize Cédric Wermuth.

Die Gegner eines Ausstiegs kritisieren den Entscheid scharf: «Das Parlament muss den Entscheid korrigieren, mit Wirt-

schaft und Bevölkerung zusammen», sagt Dominique Reber, Geschäftsleitungsmitglied von Economiesuisse. Die Axpo derweil fordert eine Volksabstimmung zum Atomausstieg. Auch SVP-Präsident Toni Brunner sagt: «Das letzte Wort ist nicht gesprochen.» Vielmehr werde das Volk darüber entscheiden. «Das ist ein überstürzter symbolischer Entscheid, der auf dem Prinzip Hoffnung beruht.» **DEBORAH SUTTER**

Dossier Kommentare, Analysen und Hintergründe zum Thema jetzt auf

20 MINUTEN ONLINE

«Ich glaube, die Landesregierung meint es ernst»

Herr Perron, hat sich der Bundesrat aus innerer Überzeugung für den Atomausstieg entschieden – oder aus taktischen Gründen, um die Volkseele zu beruhigen?

Louis Perron: Ich glaube, die Landesregierung meint es ernst. Hätte sie



Politologe Perron.

einfach Zeit schinden wollen, wäre die Entscheidung auf ein Moratorium gefallen. Das ist nicht Show, sondern Verantwortungsbewusstsein. Wird die Schweiz 2034 tatsächlich AKW-frei sein?

Dieses Szenario ist nach diesem historischen Entscheid zumindest wahrscheinlicher geworden. Das Parlament dürfte trotz Atomlobby am 8. Juni nachziehen. Mittel- und langfristig aber dürften die Rufe nach einer neuen Lagebeurteilung lauter werden.

Das heisst?

Ein mögliches Szenario: In 10 bis 15 Jahren laufen die Energiekosten aus dem Ruder und der Bundesrat ist mit atomfreundlichen Personen besetzt. Dann könnte die Regierung den heutigen Entscheid umstossen und sich dafür entscheiden, die AKW nun doch länger laufen zu lassen. **DP**

Referendum wäre möglich

BERN. Das Parlament wird bereits in der kommenden Sommersession Gelegenheit haben, das Vorhaben des Bundesrats zu diskutieren – dann sind ausserordentliche Debatten zur Atomfrage vorgesehen. Einen Entscheid zu fällen, gilt

es aber erst, wenn der Bundesrat die konkreten Gesetzesvorlagen zum Atomausstieg unterbreitet hat. Falls das Referendum ergriffen wird, könnte nach dem Parlamentsbeschluss auch noch das Volk zur Urne gerufen werden.



Bundesrätin Doris Leuthard. REU